

Vitos-Park: Stadtparlament bleibt hart

Bürgerbegehren gegen Bebauung kommt nicht · Etwa 100 Sozialwohnungen sollen entstehen

Es bleibt dabei: Das Stadtparlament hält ein Bürgerbegehren gegen die Bebauung eines Teils des Vitos-Parks für unzulässig.

von Till Conrad

Marburg. Gegen die Stimme der Marburger Bürgerliste und bei Enthaltung der Marburger Linken beschloss das Stadtparlament am Freitagabend, Widersprüche gegen den Beschluss des Parlaments vom Januar zurückzuweisen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte ein Bürgerbegehren, das sich gegen die Teilbebauung des Vitos-Parks wendet, als unzulässig zurückgewiesen. Ein rechtlich bindender Bürgerentscheid kommt somit nicht zustande. Zuvor hatten knapp 3 000 Marburgerinnen und Marburger das Bürgerbegehren unterschrieben.

Die Initiatoren des Bürgerbegehrens haben nun einen Monat Zeit, gegen den Beschluss vor dem Verwaltungsgericht in Gießen zu klagen. Sie hatten in der Vergangenheit mehrfach angekündigt, notfalls bis hoch zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen, um den Bürgerentscheid gegen die Bebauung durchzusetzen.



Das Baugebiet am Vitos-Park. Die Stadtverordnetenversammlung hat am Freitag ein Bürgerbegehren, das sich gegen die Teilbebauung des Parks wendet, als unzulässig zurückgewiesen. Foto: Thorsten Richter

2860 Unterschriften für den Erhalt des Vitos-Parks

Ausschlaggebend für die Haltung des Parlaments sind juristische Gründe. Das notwendige Quorum für ein Bürgerbegehren in Höhe von 2 844 gültigen Unterschriften haben die Initiatoren dagegen knapp überschritten: Sie sammelten exakt 2 860 Unterschriften unter die Forderung, „das Parkgelände um die Vitos-Klinik für Naherholung und Stadtklima zu erhalten“ und in einem Bebauungsplan festzulegen, er diene der „Sicherung des Grünbestands und der Bestandsbauflächen“ nebst Ersatzbaumöglichkeiten für den Gemeinbedarf.

Diese Formulierung stehe im Widerspruch zu den Bestimmungen des Baugesetzbuches: Der Bürger habe keinen Anspruch auf Aufstellung, Änderung, Ergänzung oder Aufhebung eines Bebauungsplans, argumentierte auch der Magistrat, der sich dabei auch auf mehrere Beschlüsse des Bundesverwaltungsgerichts beruft.

Die rechtliche Einschätzung der Stadt wird vom Hessischen Städtetag geteilt, hatte Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) schon im Januar vor der ersten Beschlussfassung des Parlaments gesagt.

Das Stadtparlament hatte im

Dezember den Bebauungsplan für das Vitos-Gelände geändert. Im südwestlichen Teil des Geländes sollen unter anderem Sozialwohnungen entstehen.

Der Roteichenwald ist inzwischen gefallen

Inzwischen sind die Rodungsarbeiten in der südwestlichen Ecke des Vitos-Parks weitgehend abgeschlossen.

Dort, wo einst Hunderte von Roteichen standen, ist nun Platz für die vorgesehenen etwa 100 Sozialwohnungen. Sie sind Teil eines vom Land Hessen und der Stadt Marburg geförderten Pro-

jektes der Wohnungsbaugesellschaft GWH zur Schaffung von 300 zusätzlichen Sozialwohnungen in Marburg.

Der Plan, im gleichen Areal weitere 100 Eigentumswohnungen zu bauen, sei nach Auskunft von Vitos derzeit kurzfristig nicht umzusetzen, hatte Bürgermeister und Baudezernent Dr. Franz Kahle (Grüne) mitgeteilt. Der Beschluss im Bebauungsplan, an der Stelle des Roteichenwalds Baurecht auch für Eigentumswohnungen zu schaffen, bedeutet aber keine „Baupflicht“.

Die Bürgerinitiative gegen die Bebauung des Vitos-Parks hatte

unter anderem mit dem Vogelreichtum auf den Gelände argumentiert, den der Marburger Vogelschutzbeauftragte Professor Dr. Martin Kraft festgestellt hatte. Kraft war damit zu einem anderen Ergebnis gekommen als ein Gutachten des Marburger Büros für Landschaftsökologie Simon und Widdig. Matthias Simon, einer der beiden Geschäftsführer des Büros und inzwischen SPD-Fraktionsvorsitzender, blieb der Abstimmung am Freitagabend deshalb fern – genau wie Andrea Suntheim-Pichler (Bürger für Marburg), die das Bürgerbegehren mit unterzeichnet hatte.

Wohnheim-Brand: Politik attackiert Versicherung

Mahnwache vor dem unbewohnbaren Studentenwohnheim „Am Richtsberg 88“ am Mittag des 25. Juni

Der Verfall des bei einem Brand vor zwei Jahren beschädigten Studentenwohnheims „Am Richtsberg 88“ beschäftigt die Kommunalpolitik. Im Zentrum der Kritik: der Versicherer „Allianz“.

von Björn Wiscker

Marburg. In einem Antrag an das Stadtparlament kritisieren SPD und Piratenpartei, dass es bis heute „keine erkennbaren Aktivitäten“ seitens der Versicherung gegeben habe, die „Hoffnung auf eine erneute Nutzung der dringend benötigten Räume hätte wecken können“. Auch nach zwei Jahren seien weder eine Sanierung noch ein Neubau in Aussicht. „Für einen Skandal halte ich das. Von dieser Hinhaltere haben wir nichts, hier geht es um 110 fehlende Wohnungen! Jede Lücke wird zugebaut, bis zur Grenze der Verträglichkeit wie etwa am Unteren Richtsberg. Wenn man sieht, welcher Wirbel sonst in der Stadt um nur 30 Wohnungen gemacht wird, erkennt man, wie wichtig dieses Haus für die Wohnsituation in ganz Marburg ist“, sagt Erika Lotz-Halilovic (SPD), Ortsvorsteherin.

Auch für die Kommune seien im Laufe der Zeit „erhebliche Kosten entstanden“, die nicht kompensiert worden seien, heißt es in dem Antrag: Durch die Bereitstellung von Not- und Ausweichunterkünften, der Pflege der Brandstiftungsopfer sowie durch Investitionen in Alternativ-Wohnungen.

„Die Betroffenen werden im Regen stehen gelassen“

Man habe sich in „vorbildlicher Geduld“ geübt, das Geschehene als „Unglück weggesteckt“, sagt Dr. Michael Weber (Piraten). Doch mittlerweile gibt es nach OP-Informationen vermehrt Vandalismus am und im Haus, Unbekannte brechen ein, feiern dort Partys. „Wir sind nicht gewillt, uns an der Nase herumführen zu lassen“, sagt Weber. Sollte die Allianz-Versicherung auch weiterhin nichts im Sinne der Schadensregulierung unternehmen, sollen laut Antrag Gerichte eingeschaltet werden – eine Entscheidung zur Reaktivierung oder Neubau solle noch im Laufe des Jahres gefällt werden. „Niemand kann uns weismachen, es sei in einem Zeitrahmen von zwei Jahren nicht möglich zu entscheiden, welcher Schritt günstiger ist“, sagt Weber.

„Das Hochhaus verfällt, weit mehr als 200 Menschen könn-

ten in den Wohnungen leben, es tut sich aber nichts“, sagt auch Bernd Hannemann (Linke) aus dem Ortsbeirat Richtsberg. Die Opfer der Brandstiftung – Ex-Bewohner, versichertes Studentenwerk, aber auch alle Wohnungssuchenden – würden „im Regen stehen gelassen“ und angesichts der Verdichtung beispielsweise durch die im Bau befindlichen GWH-Apartments sei die Sanierungs-Verzögerung nun für den ganzen Stadtteil ein „Missstand“. Anlässlich des zweiten Jahrestages des Hochhausbrands organisiert er mit seiner Gremiumskollegin Chris-

tel Gabrian-Zimmermann eine Mahnwache vor dem ehemaligen Studentenwohnheim. „Wir fordern, endlich darauf hinzuwirken, die dringend benötigten Wohnungen schnellstmöglich wieder ausländischen oder Studierenden mit Familie zur Verfügung zu stellen.“

In den vergangenen Tagen kamen vielen Richtsberg-Bewohnern die Erinnerungen an das Feuer-Drama im Studentenwohnheim zurück, weil es – wie vor zwei Jahren Am Richtsberg – einen Kellerbrand in der nahegelegenen Sudetenstraße gab.

Der Brand 2014, bei dem 280

Bewohner ihre Wohnungen verloren, verursachte den größten Rettungseinsatz in der Geschichte der Universitätsstadt. Bis heute wurde der Brandstifter nicht gefasst – und das ist offenbar ein Grund für die Versicherung, den Schaden für das Studentenwerk nicht zu regulieren. Die Hoffnung der Richtsberger ruht nun auch auf den heimischen Landtagsabgeordneten, die zwar von Lotz-Halilovic informiert wurden, bisher aber zum Thema schweigen.

Mahnwache: Samstag, 25. Juni, (12 Uhr) vor dem Haus „Am Richtsberg 88“



Das ehemalige Studentenwohnheim „Am Richtsberg 88“ steht leer und verfällt. Foto: Nadine Weigel



LIEBE LESERIN, LIEBER LESER!
von
Björn Wiscker

Über das Stadtbild wird ja viel diskutiert. Macht in einer Stadt, die optisch im Gegensatz zu – sagen wir Gießen – einiges zu bieten hat, auch Sinn. Im vergangenen und diesem Jahr lösen mögliche Parkhaus-Bauten die Stadtbild-Debatten aus. Was im Zuge dessen untergeht, ist die Monotonisierung der Stadt als solcher. Einst sprossen Spielhallen aus dem Boden, dann folgten Thai-Massage-Studios, und mittlerweile kann sich der Marburger vor Bäckereien nicht mehr retten. In der Frankfurter Straße eröffnet bald wohl die nächste. Man fragt sich, wie viele Brötchen der durchschnittliche Städter täglich so verzehrt, dass sich auch die x-te Filiale auf engem Raum betriebswirtschaftlich rechnen kann.

POLIZEI

Unfallflucht: Polizei sucht Zeugen

Marburg. Am Donnerstag hat ein Unbekannter den Haltemast einer Fahrgastinformationstafel an der Bushaltestelle in Höhe des Kaufhauses Ahrens in der Universitätsstraße beschädigt. Dabei entstand ein Sachschaden von mehreren tausend Euro. Die Tat ereignete sich zwischen 10 und 21 Uhr. Auch am Donnerstag fuhr ein silberner Kombi um etwa 16.10 gegen die Sandsteinmauer des Parkhauses Oberstadt am Pilgrimstein. Danach setzte der Unfallfahrer seine Fahrt fort, ohne sich um den Schaden zu kümmern. Gestern wurde ein parkender gelber Citroen C 5 zwischen 09.45 und 09.50 Uhr auf einem Parkplatz in der Marburger Straße neben dem Eingang eines Geschäftes angefahren. Dabei entstand ein Sachschaden von mehreren hundert Euro. Sachdienliche Hinweise nimmt die Polizei unter der Telefonnummer 0 64 21 / 406-0 entgegen.

MELDUNG

Fit durch die Sommermonate

Marburg. Für alle, die sich auch in der Sommerpause fit halten möchten oder fit werden wollen, bietet die Ev. Familien-Bildungsstätte vom 18. Juli bis zum 22. August, jeweils montags von 19 bis 20 Uhr ein Fitnessstraining ohne Geräte an. Wer Fitness und Ausdauer lieber mit beschwingter Musik steigern möchte und mit viel Spaß etwas für seine Figur tun will, sollte den Zumbakurs vom 17. Juli bis 28. August, jeweils sonntags von 19 bis 20 Uhr nicht versäumen. Anmeldungen nimmt die Familien-Bildungsstätte gern von Montag bis Donnerstag 9 bis 12 Uhr und 15 bis 17 Uhr unter 06421/175080 entgegen.

AM MONTAG AUF ...

universum

■ Mit zahlreichen Events, wie beispielsweise dem „Campus Cooking“, werben Unternehmen an der Uni, um die Studenten als Kunden zu gewinnen. Der Asta kritisiert das.
■ Dieter Schulz berät Studenten in der Sozialberatungsstelle des Studentenwerks. Die Beratung reicht von Finanzierung, über studentisches Wohnen bis hin zu privaten Problemen.